

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Karsten D. Voigt MdB wirft der CDU/CSU vor, mit immer neuen Bedingungen und Bedenken die völlige Beseitigung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa zu hintertreiben.

Seite 1

Rudolf Schöffberger MdB sieht in der Bundestagskandidatur von CSU-Chef Strauß eine Spekulation auf die absolute Mehrheit der Union. In diesem Fall will Strauß Bundesaußenminister werden.

Seite 3

Dokumentation  
Teil II der Pax Christi-Denkschrift zu Fragen der Kriegsdienstverweigerung.

Seite 4

41. Jahrgang / 223

21. November 1986

### Die Angst des Stahlhelm vor der Null-Lösung

Wörner, Dregger und Todenhöfer bekämpfen die Abrüstung

Von Karsten D. Voigt MdB  
Mitglied des SPD-Vorstandes und Obmann der SPD-Fraktion  
im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die CDU/CSU ist abrüstungsfürchtig und abschreckungssüchtig. Sie ist mehr an westlicher Nachrüstung als an sowjetischer Abrüstung interessiert. Deshalb schüren Wörner, Dregger und Todenhöfer in Washington Vorbehalte gegen den völligen Abbau der Mittelstreckenwaffen in Europa. Durch zusätzliche Vorbehalte wollen sie heute mögliche Abrüstungsschritte blockieren.

Manfred Wörner hat im rüstungskontrollpolitischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses seit jeher nur ein Mittel zur öffentlichkeitswirksamen Verschleierung seiner Nachrüstungssüchte gesehen. Der westliche Vorschlag einer beiderseitigen Null-Lösung wurde von ihm nur in der Erwartung unterstützt, daß die Sowjetunion diesen Vorschlag ablehnen würde.

Während die SPD auf eine größere Kompromißbereitschaft der Sowjetunion drängte, fürchtete sich die CDU/CSU in Wahrheit vor einer größeren Flexibilität der Sowjetunion. Jürgen Todenhöfer sprach bereits damals offen aus, was viele in der CDU/CSU heimlich denken: Das Schlimmste, was dem Westen passieren kann, ist eine Zustimmung der Sowjetunion zu westlichen Abrüstungsvorschlägen.

Die SPD bedauerte nach Reykjavik, daß dort die Chance für einen abrüstungspolitischen Durchbruch nicht genutzt wurde. Die CDU/CSU war in Wirklichkeit froh, daß Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow sich in Reykjavik nicht über eine Halbierung der strategischen Nuklearwaffen und einen völligen

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kostenlos für Mitglieder  
und werbende Redaktionen  
Kopierpapier



Abbau der Mittelstreckenwaffen in Europa hatten einigen können. Die SPD forderte nach Reykjavik die Sowjetunion auf, auch ohne eine Einigung über SDI ein Abkommen über den völligen Abbau der Mittelstreckenwaffen in Europa zu vereinbaren. Die CDU/CSU unterstützte nach Reykjavik Präsident Reagan in seinem Beharren auf seinem SDI-Konzept. Sie tat dies in der sicheren Erkenntnis, daß abrüstungspolitische Ergebnisse zumindest für längere Zeit durch ein Beharren auf diesem SDI-Konzept blockiert werden würden.

Vorsichtshalber aber schob Todenhöfer für die CDU/CSU in Washington schon als neue Vorbedingung bei einem Abbau der Mittelstreckenwaffen die Forderung nach einer Einigung über den Abbau der Kurzstreckenraketen und die Verringerung der konventionellen Streitkräfte nach. Der Unterschied zwischen SPD und CDU/CSU ist klar: Die SPD will Schritt für Schritt zusätzlich über einen völligen Abbau der Mittelstreckenwaffen hinaus auch eine Verringerung der Kurzstreckenraketen und der konventionellen Streitkräfte vereinbaren, um auf diese Weise dem Ziel einer beiderseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit reformerisch und Schritt für Schritt näher zu kommen. Die CDU/CSU schnürt so umfassende Abrüstungspakete, daß einzelne Abrüstungsschritte am Gesamtpaket scheitern. Der Kanzler schwadroniert vom Frieden mit immer weniger Waffen, aber die CDU ist so auf die Stärkung der Abschreckung fixiert, daß sie den Frieden mit immer weniger Waffen in Wahrheit fürchtet.

Die Vorschläge der SPD für einen nuklearfreien Korridor und eine chemiewaffenfreie Zone bekämpften Wörner, Dregger und Todenhöfer mit dem Argument, waffenfreie Zonen brächten keinen sicherheitspolitischen Gewinn, weil der Ort der Stationierung von Waffen für die Bedrohung durch Systeme außerhalb der waffenfreien Zonen irrelevant sei. Den völligen Abbau der Mittelstreckenwaffen in Europa bekämpften Wörner, Dregger und Todenhöfer mit der Behauptung, ohne die Stationierung amerikanischer Waffen in Westeuropa würde Europa von den USA sicherheitspolitisch entkoppelt werden. Der Ort der Stationierung von Nuklearwaffen sei also sicherheitspolitisch entscheidend. Der Widerspruch zwischen den beiden diametral entgegengesetzten Argumentationsweisen wird nur durch eine Gemeinsamkeit überbrückt: In beiden Fällen richten sich die Vorbehalte gegen heute mögliche Schritte der nuklearen Abrüstung.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. November 1986 kommentiert zu Recht: „In Bonn spielt man zwei Melodien: offiziell - und im Blick auf die Wähler - unterstützt die Bundesregierung die amerikanischen Bemühungen um Abrüstung, im engeren Kreis dagegen machen Fachleute keinen Hehl aus ihren Bedenken.“ Diese abrüstungspolitische Doppelzüngigkeit der Bundesregierung schafft im Ausland Unsicherheit, weckt Mißtrauen und verhindert Abrüstung. (-/21.11.1986/ru/ks)

**Strauß als „Zyniker der Macht“ treibt sein Spielchen mit der Demokratie**

Zur Aufstellung der CSU-Landesliste für die Bundestagswahl

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB  
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Wenn Strauß drei Wochen nach seiner Wiederwahl zum bayerischen Ministerpräsidenten erneut für den Bundestag kandidiert, ist sein Motiv alles andere als geheimnisumwirtet: Er will an der Spitze der CSU-Landesliste schlicht als Stimmenfänger wirken, ohne jemals die Absicht zu haben, das Bundestagsmandat anzunehmen. So täuscht ein Zyniker der Macht das Wählervolk und treibt sein Spielchen mit der Demokratie.

Die Preisfrage, ob Strauß im Falle eines Wahlsieges der Konservativen endlich die Kutsche nach Bonn besteigt und dem nächsten Bundeskabinett angehören will oder seinen politischen Lebensabend gänzlich in München zubringt, ist eine ganz andere. Für seine Bonner Absichten braucht er weder eine Spitzenkandidatur noch ein Bundestagsmandat. Aus glaubwürdigen CSU-Kreisen war am Wochenende zu erfahren, daß Strauß auf einen Durchfall der FDP und auf eine absolute Mehrheit der Sitze für die CDU/CSU im nächsten Bundestag spekuliert. Dann will der Hobby-Außenpolitiker Strauß endlich seinen Lebensraum verwirklichen und als Außenminister wie Vizekanzler seinen Männerfreund Kohl nach dem alten Motto „Es ist gleich, wer unter mir Kanzler wird“ gnadenlos an die Wand drängen. Dann werden allerdings auch die Herren Pinochet, Stroessner und Botha die ersten Staatsgäste in der Bundesrepublik sein.

Im übrigen ist die CSU-Landesliste sinnfälliger Ausdruck eines patriarchalischen Zustandes der CSU. In einem einzigen der 45 bayerischen Bundestagswahlkreise kandidiert bei der CSU eine Frau. Demgegenüber kandidieren bei der SPD immerhin in zehn Wahlkreisen Frauen. Bei der CSU werden auch das nächste Mal unter rund 50 Bundestagsabgeordneten einschließlich der beiden Konzeptionsfrauen auf der Liste nur drei Frauen - das sind sechs Prozent - sein, angesichts des Frauenanteils von 53 Prozent an der Bevölkerung der blanke Hohn und Spott.

Dafür fehlt auf der CSU-Liste auch diesmal nicht der übliche Vertreter des Großkapitals: Reinhold Kreile, Aufsichtsratsvorsitzender bei Friedrich Flick. Der wird ohne plebejische Wahlkreisarbeit auch dem nächsten Bundestag als „Volksvertreter“ angehören, obwohl er nur das große Geld vertreten soll.

Schließlich läßt Strauß auch niemand verkommen: Graf Huyn, im Wahlkreis Rosenheim von der mit ihm höchst unzufriednen CSU-Basis nicht mehr aufgestellt, erhält von Straußschen Gnaden einen warmen Listenplatz und damit einen Sitz im nächsten Bundestag. Demokratie von unten? Der Papa wird's schon richten, das g'hört zu seinen Pflichten. (-/21.11.1986/ru/ks)

DOKUMENTATIONGewaltfrei widerstehen - Kriegsdienste verweigern - Abschreckung überwinden (Teil II u. Schluß)

Die internationale katholische Friedensbewegung Pax Christi hat auf ihrer Delegiertenversammlung am 9. November im fränkischen Burg Feuerstein einen viel beachteten Beschluß zur Frage der Kriegsdienstverweigerung verabschiedet. Wir dokumentieren den Beschluß im Wortlaut:

3. Die Verweigerung von Kriegsdiensten geht uns alle an

Im Rahmen dieser Handlungsmöglichkeiten zur Überwindung des Abschreckungssystems mißt Pax Christi der Verweigerung von Kriegsdiensten besondere Bedeutung zu.

Die Verweigerung von Kriegsdiensten betrifft nicht nur die Männer, die der Wehrüberwachung unterliegen und so nach Artikel 4 Absatz 3 Grundgesetz (GG) den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern können. Fast alle Bürgerinnen und Bürger sind schon jetzt - oft ohne es zu wissen - durch bestehende Gesetze (insbesondere das Arbeitssicherstellungsgesetz) und Gesetzespläne (vergleiche den Referentenentwurf zum Zivildienstgesetz) in Kriegsdienste und Vorbereitungen einbezogen. Im Gesundheitswesen, im Katastrophenschutz, in Transport und Verkehr Tätige, Angehörige des öffentlichen Dienstes, Arbeiter und Angestellte in allen kriegsrelevanten Wirtschaftsbereichen, Zivildienstleistende, Frauen zwischen 18 und 55 Jahren sind für den Ernstfall im Rahmen der Gesamtverteidigung eingeplant und somit herausgefordert, schon jetzt Schritte der Verweigerung zu tun und damit öffentlich „Nein“ zu sagen.

4. Das ethische Dilemma des Soldatendienstes

Besonders umstritten ist gegenwärtig in diesem Zusammenhang die Beurteilung des Soldatendienstes.

Der Bundeswehrsoldat versieht heute seinen Dienst im Rahmen eines Abschreckungssystems, das die permanente Aufrüstung vorantreibt, die Kriegswahrscheinlichkeit erhöht und der Förderung von Gerechtigkeit entgegensteht (vergleiche Neustädter Erklärung Ziffer 4 und 5). Er soll sich im Kriegsfall gemäß der Militärdoktrin und den Einsatzplänen der NATO am Einsatz von Massenvernichtungswaffen beteiligen. Mit seinem Dienst stützt er dabei in besonderer Weise ein Drohsystem, dem Pax Christi jede Legitimation abspricht.

Jeder Soldat und Reservist muß sich fragen, wie er seinen Dienst als Soldat verantworten kann, wenn er eigenverantwortlicher Träger und direkter Ausführungsgehilfe dieses in sich unverantwortbaren Abschreckungssystems wird. Wir bitten alle Wehrpflichtigen, alle Berufs- und Zeitsoldaten und alle Reservisten, diesem schweren ethischen Problem nicht auszuweichen und zu prüfen, ob nicht auch für sie die Kriegsdienstverweigerung eine heute gebotene Handlungsweise ist. Der bloße Verweis auf ein in den kirchlichen Dokumenten zugestandenes Verteidigungsrecht reicht dazu nicht aus. Denn dieses Recht auf militärische Verteidigung gewährt keine absolute Mittelfreiheit: „Das Kriegspotential legitimiert auch nicht jeden militärischen oder politischen Gebrauch. Auch wird nicht deshalb, weil ein Krieg unglücklicherweise ausgebrochen ist, damit nun jedes Kampfmittel zwischen gegnerischen Parteien erlaubt“ (GS 79). Das Recht endet also spätestens dort, wo Mittel zum Einsatz kommen, die „ein Verbrechen gegen Gott und den Menschen“ darstellen (GS 80). Es gibt keine Situation, in der der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln erlaubt ist.

Neben der ernsthaften Prüfung, ob der Soldat unter den gegenwärtigen Bedingungen seinen Dienst überhaupt noch leisten kann, muß er zumindest heute schon deutlich machen, daß er sich einer Beteiligung am Einsatz von Massenvernichtungswaffen verweigern wird, wie dies zum Beispiel Mitglieder des Arbeitskreises „Darmstädter Signal“ problematisieren und es manche Wehrpflichtige tun. Auch



wenn der Soldat seinen Dienst als „Notdienst“ in einer Übergangszeit für notwendig erachtet, ist ihm ethisch geboten, an der Überwindung der Abschreckung zu arbeiten und im gesellschaftlichen und politischen Raum nach wirksamen Handlungsmöglichkeiten zu suchen. Dort, wo er anderen Soldaten vorgesetzt ist, muß er die hier angedeutete kirchliche Position und mögliche Konsequenzen vermitteln. Einzelne Wehrpflichtige haben sich mittels einer persönlichen Erklärung verpflichtet, sich in keinem Fall am Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu beteiligen. Diese Schritte verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung. Wir wissen aber auch um die begrenzten Widerstandsmöglichkeiten innerhalb der Bundeswehr, da die auftretenden Loyalitätskonflikte zu Schikanen und bei Berufssoldaten zu Disziplinarstrafen und Entlassungen führen können.

#### 5. Kriegsdienstverweigerung als eine heute gebotene Handlungsweise

Aufgrund unseres Glaubens und aufgrund unserer Analyse der gegenwärtigen Situation sehen wir Kriegsdienstverweigerung als eine heute ethisch gebotene Handlungsweise an und treten deswegen mit Nachdruck für die Kriegsdienstverweigerung ein.

Wer den Dienst mit der Waffe aufgrund einer persönlichen Gewissensentscheidung, die ihm von niemandem abgenommen werden kann, verweigert, leistet einen wichtigen Beitrag zur Infragestellung des Abschreckungssystems. Er bringt durch seine Entscheidung seine Ablehnung dieses Systems besonders deutlich zum Ausdruck, wenn sie zu gemeinschaftlichem und politischem Engagement an der Überwindung des Abschreckungssystems führt.

Für uns bezeugt er mit diesem Handeln eindeutig die Gewaltfreiheit, die wir im Evangelium begründet sehen; er wird Zeichen des Widerspruchs in einer Welt voller Waffen für die angestrebte Welt ohne Waffen.

Kriegsdienstverweigerer müssen nach der jetzigen Gesetzeslage einen zivilen Ersatzdienst und im Kriegsfall unbefristeten Zivildienst leisten. Deshalb sehen sich viele Kriegsdienstverweigerer als Bestandteil der Gesamtverteidigung, die zivile und militärische Kriegsdienste umfaßt. Einige von ihnen verweigern darum auch den Zivildienst. Diese jungen Männer verdienen unsere Achtung und unseren Beistand. Insbesondere gilt es, der Unterstellung entgegenzuarbeiten, sie entzögen sich „verantwortungslos jedweden Dienst am Gemeinwesen“. Vielmehr muß deutlich gemacht werden, daß es gerade die mit ihrer Gewissensentscheidung unvereinbare Eingebundenheit des Zivildienstes in militärische Planungen ist, die ihnen eine Entscheidung für einen staatlichen Pflichtdienst unmöglich macht.

#### 6. Konkrete Konsequenzen

Pax Christi wird sich dafür einsetzen, daß

- alle Gruppen und Organe der Bewegung in ihren jeweiligen Arbeitsfeldern engagiert eintreten für den Prozeß des Widerstehens, der Verweigerung und der Überwindung des Abschreckungssystems;

- alle kirchlichen Gremien und Gemeinden der Frage nach einem ethisch verantwortbaren Friedenshandeln im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen einen besonderen Stellenwert einräumen;
- die Bischöfe
  - o sich verstärkt der Kriegsdienstverweigerer, auch der Totalen Kriegsdienstverweigerer, annehmen durch Ausbau der kirchlichen Beratungsstellen und rechtliche Unterstützung;
  - o die Seelsorge für Soldaten so gestalten, daß die ethischen Konflikte des Soldatendienstes im Atomzeitalter integraler Bestandteil der Pastoral sind;
- die Politiker
  - o Vorschläge zur Abrüstung mit dem Ziel gegenseitiger Nichtangriffsfähigkeit verwirklichen und Konzepte der Sozialen Verteidigung in ihre politische Programmatik aufnehmen;
  - o einer weiteren einengenden Auslegung des Gewissensbegriffes in Artikel 4 Absatz 3 GG entgegenzutreten und die situationsbedingte Kriegsdienstverweigerung anerkennen;
  - o den Paragraph 79 ZDG, der den zivilen Ersatzdienst in militärische Planungen integriert, ersatzlos streichen und auf diese Weise die Voraussetzungen schaffen, daß Zivildienstleistende ihren Pflichtdienst vor ihrem Gewissen verantworten können;
  - o den Friedensdienst gemäß Paragraph 14 b ZDG nicht nur als Ausnahmeregelung zulassen, sondern zum Regeldienst ausbauen.

#### Nachwort

Wir alle sind aufgefordert, konkrete Strategien der Verweigerung und des Widerstehens zu entwickeln und umzusetzen. Erst durch praktisches Handeln wird unsere Position glaubwürdig und zu einem relevanten Beitrag zur Überwindung des Abschreckungssystems. Das Eintreten für Frieden und Gerechtigkeit darf kein verbales Bekenntnis bleiben. Es fordert von uns die praktische Tat. Wir werden auch in Zukunft mit allen an der Förderung des Friedens interessierten Gruppen, auch wenn sie unsere Analyse und Bewertung der Abschreckung nicht teilen und deshalb zu anderen Ergebnissen gelangen, den Dialog suchen, die eigene Position darlegen, andere zu überzeugen trachten und als eine kirchliche Stimme Wege zum Frieden aufzeigen.

In diesem Dialog gehen wir davon aus, daß sich unsere Positionsbestimmung weiterentwickeln kann und Fortschreibungen erneut beschlossen werden.

Unsere Phantasie, unser Mut, unsere Nachdenklichkeit und Gesprächsfähigkeit sind herausgefordert.

Burg Feuerstein/Franken, 9. November 1986

(-/21.11.1986/ru/ks)

\* \* \*

